Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 548. Mittag-Ausgabe. Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 23. November 1863.**

Telegraphische Depeschen und Nachrichten

Frankfurt a. M., 21. Nov. (Zweites Telegramm über die heutige Bundestags-Sitzung.) Die heutige Bundestags-Sitzung hatte, wie zu erwarten war, das Ergebniß, daß die Verträge des Auslandes über die deutsche Erbfolge beanstandet worden sind. Es erscheinen zugleich im Sitzungszimmer der Gesandte des legitimen Herzogs von Schleswig-Holstein und der des Königs von Dänemark. Der erstere überreichte Vollmacht und stellte seine Anträge. Der Gesandte des Königs von Dänemark protestirte. Die Bundesversammlung überwies die holstein. Urkunden und Anträge gleich wie die dänischen Proteste an den Legitimationsausschuß zum Bericht. Baden, die sächsischen Häuser und Oldenburg stellten Anträge gegen den dänischen Gesandten und zum Schutze der Legitimität. Diese Anträge wurden gleichfalls dem Ausschusse überwiesen. Oesterreich und Preußen sprachen protestirend gegen die Incorporation Schleswigs. Die ganze Sitzung hatte einen ungewöhnlichen Charakter.

Frankfurt a. M., 22. Novbr. Gegen Zulassung eines Gesandten König Christians stimmten auch Schwarzburg, Reuß jüngere Linie und Waldeck.

Gotha, 21. Nov. Seit gestern weilt der badische Gesandte in Wien, Frhr. v. Edelsheim, in Gotha. Derselbe hatte bereits wiederholt Unterredungen mit dem früheren Erbprinzen von Augustenburg, nunmehrigen Herzog von Schleswig-Holstein. Dem Vernehmen nach ist derselbe mit einer vertraulichen Mission des Großherzogs von Baden an den genannten Fürsten betraut.

Brüssel, 21. Nov. Sicherem Vernehmen nach ist es unbegründet, daß der König Leopold den Cabineten von London, Wien und Berlin Mittheilungen in Bezug auf den Congreß gemacht hat. Die Depeschen, welche der Abtheilungschef Lebeau in Wien und Berlin abgegeben hat, beziehen sich auf die Regelung der Zahlung der Abfindungssumme für den Scheldezoll.

Brüssel, 21. Nov. Die Antwort des Königs von Belgien auf die Einladung des Kaisers von Frankreich wird Anfangs nächster Woche nach Paris abgehen. Die Antwort wird zuverlässigen Mittheilungen zufolge die Einladung zum Congreß im Princip annehmen, unbeschadet weiterer Entschließungen.

Kopenhagen, 21. Nov. Nach „Berlingske Tidende" ist zur Einberufung von zahlreichen Mannschaften Ordre gegeben.

Paris, 21. Nov. Der „Moniteur" enthält ein Decret, welches die Wähler des neunten Wahlbezirks im Seine-Departement und des ersten im Departement Cote d'or behufs der Wahl von Deputirten auf den 13. und 14. Dezbr. zusammenberuft.

London, 22. Novbr. Der Dampfer „Canada" ist mit 77,300 Dollars an Contanten und Nachrichten aus Newyork bis zum 10. d. in Cork eingetroffen. Nach denselben hat sich General Lee über den Rapidan zurückgezogen. General Meade rückte vor. Seine Armee war zu Culpepper Court house angekommen. Das Vorrücken des Generals Meade hat zum Zweck, die Conföderirten zu verhindern, gegen General Burnside zu operiren. Die Bewegung Meade's am Rappahannock hat die Conföderirten überrascht, und fast alle ihre Streitkräfte am nördlichen Ufer des Flusses wurden gefangen genommen.

Bukarest, 19. Nov. Der Finanzminister Steege stellte den Antrag, die Steuern für das letzte Quartal 1863, obgleich die Kammer das Budget nicht votirt hat, erheben zu dürfen. Die Kammer übergab den Antrag einer Commission zur Prüfung.

Preußen.

Berlin, 21. Novbr. [Dementi.] Die „Nordd. Allg. Z." schreibt:

„Hiesige und nachher auch auswärtige Blätter enthalten die Behauptung, daß die von dem Herrn Minister des Innern im Hause der Abgeordneten gegebene Erklärung in Betreff der Abstimmung der Beamten bei den Wahlen auf einem ausdrücklichen Befehle Sr. Majestät des Königs beruhe. Wir sind ermächtigt, diese Behauptung für durchaus unwahr zu erklären."

[Ihre Majestät die Königin Augusta] wird in den ersten Tagen der nächsten Woche hier eintreffen und den Winter hindurch Berlin nicht verlassen. Am königl. Hofe werden Vorbereitungen zu einer besonders glänzenden Saison getroffen. Es ist mehrfach das Eintreffen fremder Fürstlichkeiten für diese Zeit angemeldet worden.

[Die Differenzen] zwischen dem Kriegsminister v. Roon und dem Finanzminister v. Bodelschwingh sollen der Ausgleichung nahe sein.

K. C. [Die polnischen verhafteten Abgeordneten.] Die Justiz-Commission des Hauses der Abgeordneten berieth heute über den Lyskowskischen Antrag wegen einstweiliger Freilassung der drei polnischen Abgeordneten; seitens der Regierung wurden noch keine aktenmäßigen Mittheilungen über den Stand der Sache gemacht, aber zu Dinstag zugesagt. Die Berathungen wurden bis dahin vertagt.

[In der schleswig-holsteinischen Sache] ist die gemeinsame Commission der beiden großen liberalen Fractionen noch nicht zur Einigung über einen formulirten Antrag gekommen. Heute Abend werden die Fractionen selbst darüber berathen. Auf der desfallsigen Entscheidung lastet die ganze Schwere des innern Conflicts, das wärmste Interesse für jene nationale Sache muß in der jetzigen Lage Hand in Hand gehen mit der treuen Wahrung des Rechtes im eigenen Lande; dieses preiszugeben auf die Hoffnung hin, jenes zu retten, hieße vielleicht beides verderben. Dem jetzigen Ministerium und dem jetzigen System mag Niemand die Führung der schlesaig-holsteinischen Sache anvertrauen. Bei dieser Schwierigkeit der Lage rechtfertigt sich die vorsichtigste Ueberlegung, und eine Verschiebung des Entschlusses um wenige Tage darf nicht Wunder nehmen. Es muß übrigens hervorgehoben werden, daß es sich nicht um eine Differenz zwischen den beiden liberalen Fractionen handelt, sondern daß die Auffassungen innerhalb jeder einzelnen Fraction mehrfach auseinandergehen. Um so sicherer ist auf eine Einigung zu rechnen.

[Die Einbringung der Militärnovelle] im Hause der Abgeordneten steht zu Montag definitiv bevor; man spricht von Concessionen, welche dieselbe bringen werde, von 2½jähriger Dienstzeit, der dann nach einigen Jahren die 2jährige folgen solle; andere wollen wissen, die Regierung werde sofort auf eine Dienstzeit von 2 Jahren und einem Monat zurückgehen und dergl.; Sicheres weiß man durchaus nicht.

[Die Militair-Novelle.] Heut, Montag, wird der Kriegsminister die Militair-Novelle dem Abgeordnetenhause überreichen. Nur sprachlich sollen darin Abänderungen gegen den Entwurf vom vorigen Jahre vorgenommen sein: Der sachliche Inhalt ist ganz derselbe und von einer Concession keine Rede.

[Die Abgeordneten Wachler und Kirchmann] sind bisher in den betreffenden Collegien ohne Weiteres während ihrer Anwesenheit im Landtage vertreten worden. Obgleich dies auch diesmal erklärt wurde, sind, wie die „B. A. Z." hört, doch besondere, eigens zu bezahlende Stellvertreter von Seiten des Justizministers ernannt worden.

[Der Staats-Gerichtshof], unter dem Vorsitze des Vice-Präsidenten Büchtemann, verhandelte heute abermals eine Anklage wegen öffentlicher Aufforderung zu einem hochverrätherischen Unternehmen gegen den Propst v. Tomicki zu Konojat. Die Anklage gründete sich auf einen in der vom Angeklagten redigirten Zeitschrift „Szkotka niedzielna" (Sonntagsschule) veröffentlichen Artikel. Der Staatsgerichtshof erkannte unter Annahme mildernder Umstände auf 2 Jahr Einschließung gegen den Angeklagten. Der Ober-Staatsanwalt Adelung hatte 2 Jahr Zuchthaus beantrugt.

[Jüdische Eidesabnahme.] Wie die „Ger.-Ztg." meldet, gab dieser Tage ein jüdischer Zeuge vor Abnahme des Eides unter den besonders vorgeschriebenen ritualen Formen die Erklärung ab: Er fühle sich veranlaßt, ausdrücklich zu erklären, daß die ihm genau bekannte moralische Vorhaltung, die ihm seitens des bestallten Rabbinats-Beamten zu machen sei, nicht den allergeringsten Eindruck auf ihn zu üben vermöge, und ihn auf alle Fälle vollständig ungerührt lasse.

[Verhaftung Lassalle's.] Gestern (Sonntag Mittag) wurde eine Versammlung unter Vorsitz des Herrn Lassalle in außerordentlich lebhafter Weise geschlossen. Eine längere Rede des Vorsitzenden hatte sehr stürmische Debatten hervorgerufen, bei denen besonders der Protest des Auditoriums gegen das Verfahren des Herrn Lassalle, „stets nur von sich zu reden und nicht zur Sache zu kommen", wiederholt und in heftiger Weise laut wurde. Eben theilte Herr Lassalle mit, daß am Morgen wegen einer Anklage auf Hochverrath ein Verhaftsbefehl gegen ihn erlassen sei, als plötzlich eine große Anzahl Schutzleute erschien, das Lokal besetzte und sich der Person des Herrn Lassalle in Ausführung des erwähnten Verhaftsbefehls bemächtigte. Jetzt erhob sich ein wahrer Sturm in der Versammlung, Einige Anhänger des Herrn Lassalle machten den vergeblichen Versuch, eine Bewegung zu seinen Gunsten hervorzurufen; der größere Theil der Anwesenden gab aber seine Zustimmung zu der polizeilichen Maßregel in so energischer Weise kund, daß fast der Ausbruch von Thätlichkeiten drohte. So wurde Herr Lassalle zum Arrest geführt, und die Versammlung ging bewegt auseinander.

[Haussuchung.] In der Wohnung des früheren Herausgebers der „Berliner liberalen Correspondenz", Hrn. W. Krause, hat am Dinstag Früh durch den Criminal-Polizei-Inspector Bormann eine Haussuchung stattgefunden, um Manuscripte von einigen Artikeln, die in früheren Nummern der Correspondenz aufgenommen waren, zu ermitteln. Wie wir hören, sind auch mehrere Papiere von dem Beamten mit Beschlag belegt worden.

Stettin, 18. Nov. [Bewilligung.] Die „V.-Z." meldet: Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung bewilligte eine Summe von 300 Thlr. zu den Stellvertretungskosten für den Oberlehrer Abgeordn. Schmidt (Randow).

Minden, 19. Nov. [Gräfin Danner.] Die Nachricht, daß die Gräfin Danner sich zu ihren Verwandten im Regierungsbezirke Minden begeben werde, ist natürlich eine Ente; obendrein hat die Gräfin Danner, gewesene Rasmussen, soviel wir wissen, hier keine Verwandte mehr, ihr Vater ist überhaupt wenig bekannt gewesen. Sie soll vor Zeiten sich auf der Domäne Dalheim und später als „sittsam waltende Jungfrau" auf dem nahe gelegenen Gute Weddigenstein aufgehalten haben.

Posen, 21. Nov. Dem Vernehmen nach hat das königl. Obertribunal in dem Processe eines katholischen Geistlichen dieser Provinz gegen die hiesige Regierung wegen Entziehung der Schul-Inspection dahin entschieden, daß unter gewissen Voraussetzungen die Regierung den Pfarrern dieses Amt ohne Weiteres zu entziehen berechtigt ist. — Der praktische Arzt Dr. med. Joseph v. Koszutski aus Mąkownica im Kreise Gnesen und der breslauer Student Xaver Liske aus Ziolkowo im Kreise Kröben werden vom königlichen Staatsgerichtshofe in Berlin wegen vorbereitender hochverrätherischer Handlungen steckbrieflich verfolgt. (Pos. Z.)

Deutschland.

In Sachen Schleswig-Holsteins.

[Die Unterschrift der Gesammtstaats-Verfassung seitens des Königs von Dänemark] hat, wie uns heute mitgetheilt wird, das diesseitige Kabinet zu einer erneuten Berathung über sein Verhalten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit veranlaßt. Das Resultat dieser Berathung soll der Entschluß sein, der dänischen Regierung zu erklären, Preußen erachte sich an die im londoner Protokoll niedergelegte Zusicherung der Anerkennung des jetzigen Königs Christian IX. als Herzogs von Schleswigs-Holstein nicht gebunden und versage gegenwärtig diese Anerkennung, wenn nicht die der Gesammt-Staatsverfassung ertheilte Sanction zurückgenommen werde. Die diesseitige Staatsregierung scheint bei diesem Beschlusse freilich von vorn herein von der Voraussetzung ausgegangen zu sein, daß ihre Forderung alsbald erfüllt werden werde. Es soll nämlich ferner beschlossen worden sein, den diesseitigen Gesandten am Bund mit Instructionen dahin zu versehen, daß derselbe auf Beschleunigung der beschlossenen Bundes-Execution dringe. Ein solcher Beschluß ist nur unter der gedachten Voraussetzung möglich, eben so wie die Bundesexecution in der beschlossenen Weise gegen den gegenwärtigen König von Dänemark nur noch unter der Voraussetzung seiner Anerkennung als Herzog von Schleswig-Holstein möglich ist. Uns scheint wenigstens ein unlösbarer Widerspruch in der Forderung der Erfüllung von Pflichten als Bundesfürst und in der Versagung der Anerkennung als Bundesfürst zu liegen.

[Die holsteinsche Stimme am Bundestage.] Die „Weimarsche Zeitung" theilt mit, daß die Vollmacht zur Führung der holsteinischen Stimme ursprünglich dem Vertreter der herzoglichen sächsischen Regierungen am Bundestag, Herrn v. Fritsch, übergeben werden sollte. Die Uebertragung an Baden erfolgte nur, weil die nothwendigen Zustimmungen der vier sächsischen Fürsten nicht so schnell herbeigeschafft werden konnten, als die Eile der Sache erforderte.

[Der dänische Stadt-Commandant von Altona] hat dem Chef der hamburger Polizei angezeigt, daß er ihn und die Stadt Hamburg dafür verantwortlich machen werde, wenn von hamburgischem Gebiete aus ein bewaffneter Einfall in Holstein stattfinden oder ein Tumult von hamburgischem Gebiet aus auf holsteinisches Gebiet hinübergespielt werde.

Leipzig, 22. Nov. [Eine von ungefähr 3000 Personen besuchte Volksversammlnng] faßte gestern nach den Anträgen der Professoren Biedermann und Wuttke folgende Beschlüsse:

„Nach dem Tode des Königs von Dänemark ist nun die Augustenburger Linie in den Herzogthümern Schleswig-Holstein erbberechtigt. Dadurch werden diese Länder rechtlich und thatsächlich von Dänemark getrennt. Diese gänzliche Trennung allein vermag die unerhörten Bedrückungen unserer dortigen Stammgenossen und die Beschimpfung unserer Nationalität durch die Dänen zu beendigen, die Sicherheit und Machtstellung Deutschlands zu wahren und die für Schleswig-Holstein verpfändete Ehre Deutschlands einzulösen."

Die Versammlung einigte sich dahin, dem König von Sachsen eine entsprechende Adresse durch eine Deputation zu überreichen, auch den Abgeordnetenhäusern zu Berlin und Wien von den gefaßten Beschlüssen Mittheilung zu machen.

Leipzig, 21. Nov. [Protest des Großherzogs von Oldenburg.] Die „D. A. Z." ist in der Lage, folgenden Protest des Großherzogs von Oldenburg gegen den Regierungsantritt Christian's IX. in den Herzogthümern, der an das kopenhagener Cabinet gerichtet ist, seinem Wortlaute nach mitzutheilen:

Sr. Exc. dem königlich dänischen Conseilpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Hall rc. in Kopenhagen.

Der unterzeichnete Minister des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Oldenburg beehrt sich, im Auftrage seines Souveräns, Sr. Exc. dem königlich dänischen Conseilpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Hall, ganz ergebenst folgende Eröffnung zu machen.

Se. königl. Hoh. der Großherzog, mein gnädigster Herr, haben durch die Acte vom 28. März 1854 die Erklärung solemnisirt, welche ihr in Gott ruhender Herr Vater, der Großherzog Paul Friedrich August königl, Hoh., durch die Note vom 10. Dez. 1852 hat abgeben lassen. In dieser Acte haben Se. königl, Hoh. zu Gunsten Sr. Hoh. des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und höchstdessen in directer Linie aus der Ehe mit Ihrer Hoh. der Prinzessin Louise, geb. Prinzessin von Hessen, abstammenden männlichen Descendenten auf die evrntuellen Successionsrechte in den Herzogthümern Schleswig-Holstein verzichtet, für den Fall, daß der Prinz Christian Hoh. oder höchstdessen gedachte männliche Nachkommen den Thron Dänemarks besteigen und für so lange, als dieselben ihn innehaben werden, und haben dabei Se. königl. Hoh. sich zugleich auf die Tractate vom 11. April 1767 und 21. Mai 1773 bezogen.

Im Art. 16 des Tractats vom 11. April 1767 und im Art. 7 des Tractats vom 21. Mai 1773 sind nun die Privilegien und Rechte der Herzogthümer gewahrt und ihre Aufrechterhaltung aufs bündigste zugesagt. Nach diesen Landesrechten ist es unzweifelhaft, daß das Thronfolgegesetz vom 31. Juli 1853, wie es die Zustimmung des dänischen Reichsraths erhalten hat, auch der Zustimmung der Stände Schleswig-Holsteins bedurft hätte, um rechtsbeständig zu werden. Se. königl. Hoh. der Großherzog, mein gnädigster Herr, haben in ihrem Schreiben vom 2. Februar 1861 Se. Maj. den hochseligen König Friedrich VII. darauf aufmerksam gemacht, daß das Thronfolgegesetz in den Herzogthümern Schleswig-Holstein wegen Mangel jener Zustimmung der Rechtsbeständigkeit entbehre. Trotzdem ist kein Schritt geschehen, solchem Mangel abzuhelfen; vielmehr hat nach dem am 15. d. Mts. erfolgten Ableben Sr. Maj. des Königs Friedrich VII. auf Grundlage des erwähnten Thronfolgegesetzes der Prinz Christian von Dänemark, Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, unter dem Namen Christian IX. nicht nur die Regierung im Königreich Dänemark, sondern auch in den Herzogthümern Schleswig-Holstein angetreten. Se. königl. Hoh. der Großherzog, mein gnädigster Herr, können diesen Regierungsantritt, soweit er sich auf die Herzogthümer bezieht, als im Rechte begründet nicht betrachten, und können ihrem Verzicht gegenüber einen ohne Rechtsgrund erfolgten Regierungsantritt nicht als bindend ansehen. Se. königl. Hoh. finden sich vielmehr bewogen, gegen ein solches Vorgehen Verwahrung einzulegen, und sich ausdrücklich alle weitern geeigneten Schritte vorzubehalten. Demnach haben Se. königl. Hoh. mich beauftragt, diese Verwahrung zu Ew. Excellenz Kenntniß zu bringen mit dem ergebensten Ersuchen, dieselbe Sr. Majestät dem König unterbreiten zu wollen.

Der Unterzeichnete benutzt zugleich diesen Anlaß zur erneuerten Versicherung seiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Oldenburg, 17. November 1863. (gez.) v. Rössing.

Leipzig, 21. Novbr. [Für Schleswig-Holstein.] Gestern fand in Riesa eine Ausschußsitzung des sächsischen Fortschrittsvereins statt, die sich zunächst eingehend mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit beschäftigte. Es wurde beschlossen, einen Aufruf zu erlassen und die Redactionen aller sächsischen Blätter um Weiterverbreitung desselben zu ersuchen (was hiermit geschieht). Der Aufruf lautet:

An das sächsische Volk!

Durch den Tod des letzten Königs von Dänemark aus dem oldenburgschen Mannsstamme ist plötzlich die vollständig legale Trennung und Unabhängigkeit der Herzogthümer Schleswig-Holstein von Dänemark eingetreten. Hierdurch wird allen deutschen Patrioten, welcher politischen Richtung in innern Fragen sie sonst auch angehören mögen, die heilige Pflicht auferlegt, für das gute Recht Schleswig-Holsteins, das zugleich ein gutes Recht Deutschlands ist, entschieden in die Schranken zu treten. Jetzt vor allem müssen dem Ausland gegenüber wir darthun, daß wir in der That eine Nation sind, eine Nation, die, wie sie auch sonst gespalten sein möge, doch einig ist in der Wahrung ihrer Rechte und ihrer Interessen nach außen. Das nach allen Seiten hin kund zu thun, dieses Gefühl und diese Pflicht nach allen Seiten hin wach zu rufen, ist eine Pflicht jedes deutschen Ehrenmannes, welcher politischen Richtung auch sonst er angehören möge.

Und darum richten wir nicht nur an unsere politischen Freunde, nicht nur an unsere Gesinnungsgenossen, sondern an alle, in denen ein deutsches Herz schlägt, die Aufforderung, in sofort zu veranstaltenden öffentlichen Versammlungen der Stimme des Volkes Ausdruck zu geben, die in der unerschütterlichen Ueberzeugung zusammenfließt, daß die Wahrung der Rechte Schleswig-Holsteins eins ist mit der Wahrung der Rechte und Interessen unsers gemeinsamen Vaterlandes.

Leipzig, 20. November 1863.

Der Ausschuß des Fortschrittsvereins in Sachsen.

Professor Biedermann (Leipzig). Ludwig Böhler (Plauen). Dr. Eduard Brockhaus (Leipzig). Dr. Joseph (Leipzig). Adolf Lippelt (Chemnitz). Moritz Lorenz (Leipzig), stellvertretender Landtagsabgeordneter. L. G. Riedel (Kleinschönau bei Zittau), Landtagsabgeordneter. Dr. Schaffrath (Dresden). Dr. Schlimper (Dresden). Advokat Siegel (Dresden). E. Sommer (Oschatz), stellvertretender Landtagsabgeordneter.

Dresden, 21. Novbr. [Die Bundestagssitzung.] Ein Extrablatt des „Dresd. Journ." meldet: In der heutigen Sitzung des Bundestages notificirte der dänische Gesandte das Ableben Friedrich VII. und die Thronbesteigung Christian IX. Das Präsidium legte mit der Vollmacht ein Schreiben des badischen Bundestagsgesandten vor, durch welches der Regierungsantritt des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg notificirt wird, und theilt die Verzichtungs-Urkunde des Herzogs Christian vom 16. November mit. Von Seiten Dänemarks wird hiergegen Verwahrung eingelegt. Hierauf folgte eine Erklärung Oesterreichs und Preußens mit einem Protest gegen die neue dänische Verfassung. Die Anträge Badens, Weimars, Meiningens, Altenburgs, Koburgs, Oldenburgs gehen wesentlich dahin, daß bei dem dänischen Thronwechsel die Rechte der Herzogthümer Deutschlands und des Erbprinzen Friedrich auf Erbfolge gewahrt, ein Gesandter des Königs Christian nicht zugelassen werde. Dann folgte ein Antrag Anhalts, den König Christian nicht als Herzog von Lauenburg anzuerkennen. Sachsen und Mecklenburg wahren die eigenen Erbansprüche auf Lauenburg. Der dänische Gesandte legte Verwahrung gegen alle Anträge ein mit Bezugnahme auf das londoner Protokoll und den Beitritt zu demselben von Seiten des Herzogs Christian und des Großherzogs von Oldenburg. Der bairische Gesandte gab die Erklärung ab, daß das londoner Protokoll für den Bund nicht vorhanden sei. — Eine eingegangene Eingabe von Mitgliedern der holsteinischen Ständeversammlung bittet um Maßregeln, damit die Entscheidung dem Rechte und nicht der Gewalt anheimfalle. Alles wurde dem holsteinischen Ausschusse überwiesen.

Dresden, 19. Novbr. [Interpellation wegen Schleswig-

Holstein.] Heute wurde in der zweiten Kammer folgende Interpellation gestellt:

„In Erwägung, daß durch den Tod des Königs Friedrich VII. von Dänemark die schleswig-holsteinische Frage in eine neue und bedeutungsvolle Phase getreten, indem dadurch die bisherige Personal-Union der Herzogthümer Schleswig und Holstein mit Dänemark aufgelöst ist, sowie in fernerer Erwägung, daß ein deutscher Bundesfürst bereits den bisherigen Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig und Holstein anerkannt haben soll, erlauben sich die Unterzeichneten an die hohe Staatsregierung die Anfrage zu richten: „welche Schritte die hohe Staatsregierung bereits gethan hat oder noch zu thun gedenkt, um das Recht und die Ehre Deutschlands in dieser Angelegenheit zu wahren." Dresden, den 18. November 1863. Franz Mammen, Dr. Heyner, M. Bering, Adv. Schreck, Riedel, Junknickel, Herm. Lang, Adv. Bauer, Ploß, Tempel, Pornitz, Wm. Burk, Zießler, Fahnauer, Martini, F. G. Lehmann, Emmerich, Israel, May."

Frankfurt a. M., 22. Nov. [Eine heute stattgehabte Volksversammlung von circa 6000 Personen] hat so eben folgende Beschlüsse gefaßt:

Mit dem Tode Friedrichs VII. hat die Vereinigung Schleswig-Holsteins mit der Krone von Dänemark aufgehört. Die Herzogthümer Schleswig-Holstein haben ihre Unabhängigkeit wieder erlangt. Friedrich von Augustenburg ist der berechtigte Herzog von Schleswig-Holstein. Die fernere Ausübung irgend einer Regierungshandlung in den Herzogthümern von Seiten Dänemarks und seines gegenwärtigen Königs ist offene Gewalt gegen den deutschen Volksstamm. Es ist daher die unabweisbare Pflicht des Bundes, der deutschen Regierungen und des deutschen Volkes, solche Gewalt ohne Weiteres mit Gewalt abzuweisen. Jeder Versuch einer Einmischung des Auslandes in diese Angelegenheit ist als ein Angriff auf deutsche Ehre und deutsches Recht entschieden, und wenn es sein muß, durch die Macht der Waffen zurückzuweisen. Was im Jahre 1852 von einer Anzahl europäischer Fürsten über das Recht eines deutschen Stammes ohne die Zustimmung des deutschen Bundes beschlossen ist, ist ohne Wirkung gegen dieses Recht. Die Wahrung deutschen Rechtes und deutscher Ehre in Schleswig-Holstein ist eine heilige und gemeinsame Pflicht des gesammten deutschen Volkes und aller seiner Regierungen; jede Sonderung der Parteien, jeder Zwiespalt im Innern muß schweigen, wo es gilt dieses Recht deutscher Sache mit vereinten Kräften vor ganz Europa zu vertreten. Die heutige Versammlung beauftragt das Einladungscomite, einen Ausschuß zu erwählen mit der Aufgabe, dahin zu wirken, daß dieses deutsche Recht durch das Volk und die Regierungen thatkräftigst und ernst gewahrt werde.

Hannover, 22. Nov. Heute Nachmittag fand vom schönsten Wetter begünstigt unter Betheiligung von etwa 12,000 Personen aus allen Ständen vor dem Schützenhause eine Volksversammlung statt Eine Petition: „Das Staatsministerium möge Se. Maj. den König dahin berathen, daß Allerhöchstderselbe beschließe, entsprechende Truppenkörper seiner Armee zur Aufrichtung der legitimen Regierung in Schleswig-Holstein unverzüglich einrücken zu lassen", wurde von der Versammlung mit endlosem Jubel begrüßt und angenommen.

Hamburg, 20. November. [Schleswig-holsteinische Volksversammlung.] Weit über 1000 theils hier, theils in den Herzogthümern wohnende Schleswig-Holsteiner hatten sich gestern Abend in einer in der Nähe des Holstenthores gelegenen Lokalität versammelt, um über die schleswig-holsteinische Angelegenheit zu berathen und Beschlüsse zu fassen. Von der hamburger Polizei daran gehindert, begaben sie sich in ein anderes nicht weit davon, ebenfalls nahe bei Altona gelegenes Lokal, wo sie aber auf gleiche Hindernisse stießen. Erst an einem dritten Orte — in der auf der Uhlenhorst gelegenen Walhalla (vor dem Ferdinandsthore in der Nähe der Alster) erreichten sie ihren Zweck. Die Versammlung, welche von 9—12 Uhr Abends dauerte und in welcher Graf Luckner, Dr. Eggers, Dr. Bahnson u. A. als Redner auftraten, sprach die Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein aus und telegraphirte diesen Beschluß unter der Adresse des koburg-gothaischen Ministers Samwer an den Erbprinzen-Herzog nach Gotha. Am nächsten Sonntage soll wieder eine Versammlung stattfinden und hofft man, durch Vermittelung des Senators Dr. Versmann, der damals Advokat, 1848 selbst für Schleswig-Holstein ins Feld zog, dahin zu gelangen, daß hier in Hamburg durch die Behörden künftig ähnlichen Versammlungen nichts mehr in den Weg gelegt werde. (N. Z.)

Hamburg, 22. Nov. [In einer heute Mittag stattgehabten Versammlung] von ungefähr 2000 Schlesmig-Holsteinern und Gesinnungsgenossen wurden die Resolutionen des hiesigen National-Vereins angenommen und wurde dieser Beschluß sofort an den Ausschuß des Nationalvereins in Berlin telegraphirt. Der Präsident machte den Versammelten die Mittheilung, daß ein alter Offizier, der General Graf Baudissin, sich bereit erklärt habe, ein Freiwilligencommando zu übernehmen, und daß 55 in Kiel versammelt gewesene Beamte, meist Geistliche und Advokaten, entschlossen seien, dem Könige Christian IX. den verlangten Huldigungseid zu verweigern.

Gera, 20. Nov. [Für Schleswig-Holstein.] Am Sonntag findet hier, von den Mitgliedern des deutschen Nationalvereins veranstaltet, eine Volksversammlung statt. Hauptgegenstand der Tagesordnung ist die schleswig-holsteinische Frage. Man erwartet die Anerkennung des Herzogs von Schleswig-Holstein-Augustenburg als regierenden Herzogs von Schleswig-Holstein durch die diesseitige Regierung, an deren Spitze bekanntlich Hr. v. Harbou, früher Mitglied der Statthalterschaft von Schleswig-Holstein, steht.

† **Kopenhagen,** 19. Nov. [Die herzogl. augustenburgische Proclamation.] Das genannte Aktenstück hat hier große Unruhe erzeugt, jedoch hat die Regierungszeitung sofort zu einer Widerlegung der Thronansprüche des Herzogs Friedrich schreiten müssen. In diesem Einspruch betont die Regierung mit vollem Nachdruck einen Passus aus der vom 28. Dezember 1852 datirten herzogl. augustenburgischen Cessions- und Uebertragungs-Akte, welcher Passus nach dem deutschen Originaltext also lauten soll:

„Wir geloben und versprechen außerdem für Uns und Unsere Familie bei fürstlichen Worten und Ehren, nichts, wodurch die Ruhe in Ihro königlichen Majestät Reichen und Landen gestört oder gefährdet werden könnte, vornehmen, ingleichen den von Ihro königlichen Majestät in Bezug auf die Ordnung der Erbfolge für alle unter Allerhöchstdero Zepter gegenwärtig vereinten Lande, oder die eventuelle Organisation Allerhöchstdero Monarchie gefaßten oder künftig zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise entgegentreten zu wollen."

Kopenhagen, 18. Nov. [Gerücht. — Dänische Frechheit.] Gestern war hier bereits das Gerücht verbreitet, daß in Holstein ein Aufstand ausgebrochen sei. Zur Beruhigung des Publikums theilt deshalb das ministerielle „Dagbladet" heute mit, daß alle Vorbereitungen getroffen seien, um jede etwaige Bewegung dort sofort mit Macht niederschlagen zu können. Die per Telegraph hierher gelangte Nachricht von dem koburgischen Antrage wegen Anerkennung des Erbprinzen von Schleswig-Holstein giebt „Dagbladet" Anlaß, sich mit äußerstem Hohne über den Herzog von Koburg zu äußern, dessen Anerkennung, wie es sagt, Dänemark so gleichgiltig sei wie die des Mannes im Monde. Gleichzeitig hat das Blatt die Frechheit, dem deutschen Bunde jedes Recht hinsichtlich der Erbfolge abzusprechen. Der Bund, behauptet „Dagbladet", habe in dieser Beziehung „durchaus nicht das Geringste zu sagen. Diese Angelegenheit läge völlig außerhalb seiner Competenz"! (D. A. Z.)

Oesterreich.

Pesth, 21. Nov. [Großfürst Constantin] ist gestern Abend hier eingetroffen und im Hotel de l'Europe abgestiegen. Heute Vormittag hat derselbe den Besuch des Statthalters von Ungarn Grafen Palffy von Erdöd empfangen.

∴ **Josephstadt,** 20. Nov. [Marsch nach dem Norden.] Für hier stehende Feldbatterien des 11. Artillerie-Regiments (Ritter v. Fitz) ist der Befehl, sich zum Abmarsch nach dem Norden (Holstein) bereit zu halten, eingetroffen; ob dies auch die Infanterie-Garnison, besonders das Regiment Nr. 30 (früher Nugent — lemberger Kinder) betreffen wird, erwartet man jede Stunde, da dieses Regiment bereits im Jahre 1851 schon dort gewesen ist. Die betreffenden Feldbatterien sind dieselben, die in der Schlacht bei Solferino jeden Angriff abgeschlagen haben und bis zum letzten Moment ihre Position behaupteten.

Frankreich.

* **Paris,** 19. Nov. [Congreßaussichten.] Der „France" zufolge hat gestern Lord Cowley dem Kaiser die Antwort der Königin von England auf die Congreß-Einladung überreicht. Es soll darin in artigster Weise die Erklärung abgegeben sein, daß Ihre Majestät „der Idee eines Congresses znr Lösung der großen Fragen, welche die öffentliche Meinung in Europa auf's Lebhafteste beschäftigen, im Principe zustimme und sich dem hohen Sinne, den die Thronrede und das eigenhändige Schreiben des Kaisers in so edler Sprache ausgedrückt habe, anschließe." Indessen bleiben die Nachrichten, welche die „France" täglich aus London erhält, dabei, „daß das Cabinet von St. James von der Nothwendigkeit überzeugt scheine, zur Erzielung einer praktischen Lösung zuvor ein Programm aufzustellen, worin die in der Vereinigung der Mächte zur Berathung kommen sollenden Hauptfragen aufgezählt sein müßten." Die „France" hofft, daß sich Frankreich und England darüber leicht verständigen werden, da sie ja darüber einig seien, daß die Idee im Principe gut sei; übrigens werde „der Congreß ja auch dann stattfinden können, selbst wenn darin nur allgemeine Fragen zur Sprache gebracht werden sollten, weil jede Macht die volle Freiheit behielte, die beantragten Lösungen anzunehmen oder abzulehnen; eine gründliche Besprechung der Souveraine oder ihrer Vertreter würde gewiß dazu dienen, die Lage, deren Schwere Niemand bestreitet, in ein klares Licht zu setzen." — Die „Patrie" spricht mit einer Unterschrift, die sonst für inspirirt gehalten ward, ihre Unzufriedenheit mit der Haltung der Mächte aus. Der Kaiser bittet nicht um den Congreß, sondern er schlägt ihn vor. Er erscheint auf demselben gerade wie alle anderen Fürsten. Man könne ihm deshalb nicht zumuthen, daß er vorher ein Programm aufstelle, zumal sich dieses kaum thun lasse, da bei der großen Anzahl von Fragen, die Europa in Agitation erhielten, der Congreß etwas Unbekanntes, etwas Unvorgesehenes bringen müsse. — Der „Constitutionnel" freut sich über den guten Willen Portugals, den Congreß zu beschicken, und meldet mit großer Schrift, daß Herr Jose d'Avila den lissaboner Hof vertreten wird. — Dem „Monde" zufolge hätte eine am letzten Sonnabend in Rom gehaltene Congregation der Cardinäle beschlossen, daß die päpstliche Regierung die Einladung zum Congresse annehmen und das europäische Tribunal um den Schutz ihrer Rechte angehen könne. Die „France" will auch wissen, daß König Christian IX. von Dänemark dem Congreß beigetreten sei. Hr. Thouvenel wird, wie es heißt, in den nächsten Tagen mit einer besonderen Mission nach Turin reisen.

† **Glogau,** 21. Nov. [Injurienprozeß.] Seit längerer Zeit hat eine Untersuchung gegen den hiesigen Stadtbaurath Schmidt wegen Beleidigung, resp. Verleumdung des Deichhauptmann und Reg.-Rath Dannemann und des Deich-Inspector Weißbrodt, beide von hier, die allgemeinste Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Der Genannte ward beschuldigt 1) der königl. Regierung in Liegnitz eine schriftliche Anzeige gemacht zu haben, durch welche er die Herren Dannemann und Weißbrodt wider besseres Wissen der Verletzung ihrer Amtspflichten beschuldigt habe; 2) indem er dieses Schriftstück an mehrere Deichrepräsentanten mit Begleitschreiben versendet, in diesem in Beziehung auf die Herren Dannemann und Weißbrodt in Bezug auf ihre Amtsthätigkeit unwahre Thatsachen verbreitet zu haben. — Am Montag kam die Sache vor der Criminal-Deputation des hiesigen Kreisgerichtes zur Verhandlung. Die Vertheidigung des Angeklagten hatte der Rechtsanwalt Dr. Horwitz aus Grünberg übernommen. Achtundzwanzig Zeugen wurden vernommen und vier Sachverständige gehört. Nachdem die Verhandlung von 9 Uhr Vormittags an bis 10 Uhr Abends gedauert hatte, und die Sache bis zur Publicirung des Urtels gediehen war, erkärte der Gerichtshof, daß er die Publicirung des Urtels auf Sonnabend, den 21. d. M., 12 Uhr verlege. Heute, noch vor 12 Uhr, war der Zuhörerraum des Gerichtssaales überfüllt, alles war auf das Urtel gespannt. Gegen ¼1 Uhr erschien der Gerichtshof; das Urtel wurde publicirt, es lautet: „daß der Angeklagte, Stadtbaurath Schmidt, wegen Beleidigung von Beamten in Bezug auf ihr Amt mit 20 Thlrn. Strafe zu bestrafen sei."

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 21. Nov. 10 U. Ab.	333,18	+3,0	SW. 1.	Heiter.
22. Novbr. 6 U. Mrg.	332,59	+0,4	SO. 1.	Heiter.
2 U. Nachm.	332,46	+7,4	S. 2.	Heiter.
10 U. Abds.	332,28	+4,4	S. 1.	Trübe.
23. Novbr. 6 U. Mrg.	332,03	+4,0	S. 2.	Trübe.

Breslau, 23. Nov. [Wasserstand.] O.-P. 13 F. 7 Z. U.-P. — F. 10 Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 21. Novbr., Nachm. 3 Uhr. Die Rente begann in ziemlich günstiger Stimmung zu 67, 40, fiel in Folge auswärtiger Verkaufsaufträge auf 67, 20 und schloß in träger Haltung zu diesem Course. Für österreichische Staatsbahn gestaltete sich das Geschäft günstiger als gestern. Die übrigen Papiere waren flau. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 20. Italien. 5proz. Rente 72, 15. Italien. neueste Anleihe —. 3proz. Spanier —. 1prz. Spanier —. Oesterr. Staats-Eisenb.-Aktien 398, 75. Credit-Mobilier-Aktien 1093, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 513, 75.

London, 21. Nov., Nachm. 3 Uhr. Türkische Consols 47¼. Wetter trübe. Consols 91 5/16. 1proz. Spanier 47½. Mexikaner 38⅝. 5proz. Russen 91. Neue Russen 86. Sardinier 89.

Der Dampfer „Roman" ist mit Nachrichten vom 21. Oktober vom Cap der guten Hoffnung eingetroffen.

Wien, 21. Nov., Nachm. 12½ Uhr. Course schwankend. 5prozentige Metalliques 73, 25. 4½proz. Metalliques 64, 25. 1854er Loose 88, 75. Bank-Aktien 770, —. Nordbahn 167, 50. National-Anlehen 80, 20. Credit-Aktien 179, 50. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 185, 50. London 121, 25. Hamburg 90, 50. Paris 47, 60. Gold —. Böhmische Westbahn 149, —. Neue Loose 136, 75. 1860er Loose 92, 50. Lomb. Eisenbahn 252, —.

Frankfurt a. M., 21. Nov., Nachmitt. 2½ Uhr. Die Börse eröffnete in günstigerer Stimmung, wurde aber im Laufe derselben etwas flauer. Das Geschäft war belebt. Böhmische Westbahn —. Finnländ. Anl. 82¼. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 134½. Wiener Wechsel 95¼. Darmst. Bank-Aktien 210. Darmst. Zettel-Bank 245. 5proz. Metalliques 57¾. 4½prozentige Metalliques 49⅝. 1854er Loose 70. Oesterreichische National-Anleihe 63⅝. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien —. Oesterreichische Bankantheile 720. Oesterreich. Credit-Aktien 167½. Neueste österreichische Anleihe 74¾. Oesterr. Elisabetbahn 106. Rhein-Nahebahn 24⅜. Hessische Ludwigsbahn —.

Hamburg, 21. Nov., Nachm. 2 Uhr 30 Min. Gute Umsätze; anfangs sehr beliebt, höher, jetzt flau, sehr schwankend. Geld reichlich. Schwedische Papiere sehr matt. Wetter sehr schön. Schluß-Course: National-Anl. —. Oesterr. Credit-Aktien 71 B. Vereinsbank —. Nordd. Bank 101. Rheinische 91½. Nordbahn 53. Disconto 5½ Geld.

Hamburg, 21. Nov. [Getreidemarkt.] Weizen loco sehr fest, gefragt, ab Dänemark 2 Thlr. höher gehalten, 1 Thlr. mehr geboten, 128 bis 129pfd. ab kleinen dänischen Inseln, pr. Frühjahr 98 Thlr. bezahlt. Roggen loco flau, ab Preußen eher fester gehalten, doch ohne Kauflust, da Getreide ab deutschen Häfen unter den jetzigen Umständen sehr vernachlässigt ist. Oel loco und pr. Novbr. flau, 23½, Frühjahr fest, 24⅜. Kaffee verkauft loco 1000 Sack Rio 6⅞—7⅜, 1000 Sack Domingo. Zink ohne Umsatz.

Liverpool, 21. Novbr. [Baumwolle.] 5000 Ballen Umsatz. — Preise fester. Fair Dhollerah 22¼—23.

Berliner Börse vom 21. November 1863.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	98½ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103 bz.
dito 1850. 52	4	94 bz.
dito 1854	4½	98½ bz.
dito 1855	4½	98½ bz.
dito 1856	4½	98½ bz.
dito 1857	4½	98½ bz.
dito 1859	4	98½ bz.
dito 1853	4½	94 bz.
Staats-Schuldscheine	3½	87½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	117½ bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	99½ bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	87 G.
Pommersche	3	86¼ G.
Posensche	4½	— — —
dito	3	— — —
dito neue	4½	93 bz.
Schlesische	3	— — —
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	94¾ bz.
Pommersche	4	92 bz.
Posensche	4	92 B
Preussische	4	92 bz.
Westph. u. Rhein	4	
Sächsische	4	94¼ G.
Schlesische	4	94½ bz.

Louisd'or 110 G. Oest. Bankn. 81¾ bz.
Goldkronen 9.6¾ bz. Poln. Bankn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	60 B.
dito Nat.-Anl.	5	64¾ à 65⅜ à 64½ b.
dito Lott.-A. v. 60	5	75 à 75½ à 74 bz.
dito 54er Pr.-A.	4	70 etw. bz u G
dito Eisenb.-L.		75 z.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85½ à ¼ etw. bz
dito 4½% Anl.	4½	— — —
dito Poln. Sch.-Ob.	4	69 B
Poln. Pfandbr.	4	— —
dito III. Em.	4	79¼ B.
Poln. Obl. à 500 Fl	4	95 bz. u. B.
dito à 300 F	5	87 B.
dito à 200 Fl		22¾ G.
Kurhess. 40 Thlr.		54 bz
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Markische	4½	—
dito II.	4½	98¾ bz.
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	78 bz.
Cöln-Minden	4½	— —
dito II.	5	102½ bz.
dito	4	— — —
dito III	4	— — —
dito	4½	98 B.
dito IV	4	88¾ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	86 B.
dito III.	4½	— —
Niederschl. Märk.	4	95 B.
dito conv.	4	95 B
dito III.	4	93¼ B.
dito IV.	4½	— — —
Niederschl. Zweigb. Litt. C.	5	100 B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C. u. D.	4	— — —
dito E.	3½	79 bz.
dito F.	4½	99½ B.
Oest. Franz.	3	259 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	253 bz.
Rhein v. St. gar.	4½	— — —
Rhein.-Nahe-B. gar.	4½	98½ B

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1861	1862	Zf.	Cours
Aachen-Düsseld.	3½	3½	3½	91½ G.
Aachen-Mastrich	0	0	4	24¼ bz.
Amsterd.-Rottd.	5 1/15	6	4	100 bz.
Berg.-Märkische	6½	6½	4	104 bz.
Berlin-Anhalt	8½	8½	4	149 bz.
Berlin-Hamburg	6	6¼	4	115 bz.
Berl.-Potsd.-Mg.	11	14	4	170 bz.
Berlin-Stettin	7 1/12	7 [illegible]	4	125 bz.
Böhm. Westb.	—	—	5	61 B
Breslau-Freib.	6⅝	8	4	126¼ bz.
Cöln-Minden	12½	12½	3½	168¾ bz.
Cosel-Oderberg.	0	½	4	48 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4½	—
dito dito	—	—	5	— — —
Ludwgsh.-Bexb.	8	9	4	134½ bz
Magd.-Halberst.	22½	15½	4	290 B.
Magd.-Leipzig	17	17	4	— — —
Magd.-Wittenbg.	1½	1 [illegible]	4	61½ bz.
Mainz-Ludwgsh.	7	7½	4	121 bz.
Mecklenburger	2½	2½	4	60 à 59 bz. u. B.
Neisse-Brieger	3½	4½	4	81½ G.
Niedrschl.-Märk.	4	4	4	94¼ bz.
Niedrschl. Zwgb.	1½	[illegible]	4	55 bz
Nord., Fr.-Wilh.	3	3½	4	55 à 54 bz
Oberschles. A.	7 [illegible]	10 [illegible]	3½	148 à 146 bz.
dito B.	7 [illegible]	10 [illegible]	3½	136½ G.
dito C.	7 [illegible]	10 [illegible]	3½	148 à 146 bz.
Oestr. Fr. St.-B.	6 [illegible]	—	5	102¼ à 101½ bz.
Oestr. südl. St.-B	8 [illegible]	—	5	139½ à 138½ bz.
Oppeln-Tarn.	½	2½	4	49 bz
Rheinische	5	6	4	93 à 92 bz.
dito Stamm-Pr.	5	6	4	100 G.
Rhein-Nahebahn	0	—	4	20¾ bz u B.
Rhr.-Crf.-K.-Gldb.	3 [illegible]	4½	3½	—
Stargard-Posen	4	6	3½	97½ bz.
Thüringer	6½	7½	4	123¼ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1861	1862	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	5 [illegible]	5 [illegible]	4	114 B.
Braunschw. B.	4	4	4	65 B.
Bremer Bank	5 [illegible]	5	4	106½ B.
Danziger Bank	6	6	4	98½ B.
Darmst. Zettelb.	3½	9	4	98 B.
Geraer Bank	5½	7½	4	93 B.
Gothaer „	4½	5½	4	89½ B.
Hannoversche B.	4½	5	4	96 B
Hamb. Nordd. B.	6	6	4	100½ G.
„ Vereins-B.	5 [illegible]	6 [illegible]	4	103 G
Königsberger B.	5 [illegible]	5½	4	109½ B.
Luxemburger B.	10	10	4	102 B.
Magdeburger B.	4 [illegible]	4 [illegible]	4	88 etw. bz u. G.
Posener Bank	5 [illegible]	5 [illegible]	4	93 B.
Preuss. Bank-A.	4 [illegible]	6 [illegible]	4½	120 i. P. bz.
Thüringer Bank	2½	3	4	69¼ bz.
Weimar „	4	5	4	88½ etw. bz. u. B.
Berl. Hand.-Ges.	5	9	4	105½ B.
Coburg. Credb. A.	3	8	4	90 etw. bz. u. G.
Darmstädter „	5	6½	4	81 à 81½ bz.
Dessauer „	0	0	4	2½ bz. u. B.
Disc.-Com.-Ant.	6	7½	4	93 bz
Genfer Credb. A.	2	—	4	49¼ à 48½ bz u. B.
Leipziger „	3	3½	4	66½ bz u. G.
Meininger „	6	7	4	89½ etw. bz. u G.
Moldauer Lds.-B.	1 [illegible]	2 [illegible]	4	28 bz
Oesterr. Credb. A.	7½	8½	5	73¼ à 71¾ bz. u. B.
Schl. Bank-Ver.	6	6	4	97 B
Minerva	0	—	4	19½ G.
Fbr. v. Eisenbbdf.	5½	—	4	89½ etw. bz u B

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	141⅞ bz.
dito dito	2 M.	140⅞ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151¾ bz.
dito dito	2 M.	150¼ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 19⅞ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	79¼ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	81⅜ bz.
dito dito	2 M.	80⅝ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 20 bz.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99¾ bz.
dito dito	2 M.	99 1/12 bz.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 22 bz.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	96¾ bz.
dito dito	3 M.	95⅛ bz.
Warschau 90 S.-R.	8 T.	88 bz.
Bremen 100 Thlr.	8 T.	109⅞ bz.

\# **Breslau,** 23. Novbr. Wind: Süd. Wetter: trübe. Thermometer Früh 5° Wärme. Bei ruhigem Geschäftsverkehr waren Preise im Allgemeinen schwach behauptet, das Angebot blieb zulänglich.

Weizen stilles Geschäft, pr. 84 Pfd. weißer 54—69 Sgr., gelber 53—61 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Roggen bei reichlichen Offerten schwach beachtet, pr. 84 Pfd. 40—43—45 Sgr. — Gerste vernachlässigt, pr. 70 Pfd. weiße 36—38 Sgr., gewöhnliche 30—35 Sgr. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 26—28 Sgr. — Erbsen ohne Beachtung. — Wicken wenig angeboten. — Schlesische Bohnen still. — Schlaglein, matt. — Oelsaaten mehr zugeführt. — Rapskuchen fest, 49—53 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	54—63—68	Wicken	45—47—50
Gelber Weizen	53—58—62		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	40—43—45	Schlag-Leinsaat	165—175—190
Gerste	30—35—38	Winter-Raps	196—204—214
Hafer	25—27—28	Winter-Rübsen	180—190—202
Erbsen	46—52—56	Sommer-Rübsen	150—164—174

Kleesaat etwas fester — rothe ordinäre 10—10½ Thlr., mittle 11 bis 11⅔ Thlr., feine 12—12½ Thlr., hochfeine bis 12¾ Thlr., weiße ordinäre 10—12⅔ Thlr., mittle 13¾—15¾ Thlr., feine 16¾—17¾ Thlr., hochfeine 18—19 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee 5½—7½ Thlr. pr. Centner.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 24—30 Sgr., Metze 1¼—1¾ Sgr.

Telegraphische Depesche.

Hamburg, 22. Novbr. (Nachts.) Das Obergericht für ganz Holstein in Glücksstadt hat einstimmig beschlossen, dem Dänenkönig den Huldigungseid zu verweigern.

[Angekommen 10 Uhr Morgens.] (Wolff's T. B.)

Montag, den 23. Novbr. 1) Zum dritten Male: **„Liebe kann nicht Alles, oder: Er ißt auch."** Lustspiel in 1 Akt, frei nach dem Französ. von Förster. 2) **„Tanz-Divertissement."** 3) Zum fünften Male: **„Die Schwätzerin von Saragossa."** Komische Operette in 2 Akten, nach dem Französischen von C. Treumann. Musik von J. Offenbach.

Dinstag, den 24. Novbr. **„Der Maurer und der Schlosser."** Oper in 3 Akten, nach dem Französischen des Scribe und Delavigne, übersetzt von Ritter. Musik von Auber. Hierauf: **„Tanz-Divertissement."**

Heute starb nach nur eintägigem Krankenlager am Herzschlage unser innigst geliebter Gatte, Sohn und Bruder, der Kaufmann **Albert Müller** hier. Wer die Biederkeit seines Charakters kannte, wird unsern tiefen Schmerz ermessen. [4522]

Schweidnitz, den 21. November 1863.

Julie Müller, geb. **Diebitsch,** als Ehegattin, zugleich im Namen meines Kindes und der hinterbliebenen Mutter und Geschwister.

[4521] **Bekanntmachung.**

Zur Beruhigung des mich beehrenden Publikums die ergebene Mittheilung, daß jedes bei mir geschlachtete, resp. zur Fabrikation meiner Fleischwaaren verwendete Schwein mikroskopisch untersucht wird. — Es ist mir zu diesem Zwecke von den Herren Staatsrath Professor Dr. **Grube** und Sanitätsrath Dr. **Methner** ein tüchtiger Fachmann, Herr **R. Nising,** empfohlen und von mir engagirt worden. Nicht allein die gewissenhafte Beachtung dieser Vorsichtsmaßregel, sondern daß auch sonst nur gesundes Fleisch zu meinen Fabrikaten verwandt wird, soll mir Ehrensache sein, und bitte ich, das mir bisher in so reichem Maße zu Theil gewordene Vertrauen auch fernerhin zu bewahren.

Breslau, den 21. November 1863.

Traugott Herrmann,
Ohlauerstraße Nr. 53 und Neue-Taschenstraße Nr. 8.

Ich habe bei keinem der 12 Schweine, welche Herr Wurstfabrikant Traugott Herrmann, Ohlauerstraße Nr. 53, heute hat schlachten lassen, Trichinen aufgefunden.

Breslau, den 22. November 1863. **R. Nising.**

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.